Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in:	KV Münster
Beschlussdatum:	03.10.2020

Änderungsantrag zu GSP.W-01

Von Zeile 241 bis 242 einfügen:
Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben, etwa den Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau aufzuerlegen.
Deutschland muss seine Binnennachfrage stärken, um die für andere Mitgliedsstaaten schädlichen Exportüberschüsse abzubauen.

Begründung

Die deutschen Exportüberschüsse werden zu Recht von unseren Handelspartnern kritisiert. Sie sind nachweislich durch Lohndumping (Agenda 2010) entstanden und bewirken in den Länder mit Exportdefiziten, die es bei Überschüssen zwangsweise geben muss, Arbeitslosigkeit. Dies betrifft vor allem Staaten in der Eurozone, die sich dagegen nicht durch Wechselkursanpassungen, die deutsche Waren teurer machen würden, wehren können. Wenn dieser Entwicklung nicht durch stärkere Binnennachfrage in Deutschland und Rückgang der Exportüberschüsse begegnet wird, kann sie zum Verfall der Währungsunion führen. Dann würde die wieder einzuführende D-Mark stark aufwerten und die deutsche Wirtschaft wäre mit plötzlich wegbrechenden Exporten konfrontiert